MARKUS HÜMPFER IN BERLIN

JANUAR 2024

NEWSLETTER

NIE WIEDER IST JETZT

Liebe Leserinnen und Leser,

“Nie wieder ist jetzt”. Unter diesem Motto haben in den vergangenen Wochen Hunderttausende in ganz Deutschland gegen Rechts demonstriert.
Das ist ein ermutigendes Zeichen für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage. Die schweigende Mehrheit unserer Bevölkerung positioniert sich damit klar gegen Extremismus.

Wir sind uns bewusst, dass ein Parteiverbotsverfahren allein nicht die umfassende Lösung für Demokratie- und Menschenfeindlichkeit darstellt. Daher fordern wir auch konkrete und spürbare Konsequenzen, wenn unsere demokratischen Grundwerte bedroht werden. Hass darf nicht als Meinung gelten, und faschistische Bestrebungen gehören in den Zuständigkeitsbereich von Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden!

Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Es geht um den Schutz unserer Demokratie, unserer Freiheit und Vielfalt. Gemeinsam stehen wir für ein solidarisches Deutschland und eine selbstbewusste Demokratie ein!

Euer Markus

BERLIN

WE REMEMBER

Am 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Wir vergessen nicht die Opfer der Shoah - sowie die Überlebenden und ihre Angehörigen, die teilweise bis heute dafür kämpfen müssen, das erduldete Leid zu bewältigen. Wir vergessen nicht den größten Völkermord der Weltgeschichte.

Wir vergessen nicht den grausamen Anblick, der sich heute vor 79 Jahren den sowjetischen Soldaten dargeboten hat, als sie das Konzentrationslager Ausschwitz betraten und dort die letzten Überlebenden - zum Sterben zurückgelassen - fanden.

Wir vergessen aber auch nicht, wer diesen systematischen Genozid durchgeführt hat. Wer für eine der schlimmsten, lebensverachtenden Diktaturen der Weltgeschichte verantwortlich war. Wer sie vorangetrieben hat.

BUNDESHAUSHALT 2024

In diesen Wochen wird uns allen wieder klar: Demokratie gibt es nicht umsonst. Sie kostet den Menschen in unserem Land Zeit im ehrenamtlichen Engagement und tagtäglichem persönlichen Einsatz für demokratische Werte.
Aber vor allem auch der Staat muss seinen Teil leisten, um Demokratie zu wahren und auszubauen. Dies gelingt uns mit diesem Bundeshaushalt für das Jahr 2024:

- Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit um unsere Demokratie vor ihren Feinden, von innen und von außen, zu schützen. Wir investieren aber auch in soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, damit Arbeitsplätze erhalten werden, aber eben auch viele neue Arbeitsplätze entstehen können.
- Denn nur, wenn es Deutschland auch wirtschaftlich gut geht, entziehen wir den Feinden der Demokratie ihren Nährboden.
- Nur ein technologisch modernes und sozial gerechtes Deutschland, das auf dem Weg zur Klimaneutralität die Menschen mitnimmt und nicht zurücklässt, wird auch ein demokratisches Deutschland sein.
- Wir investieren in ehrenamtliches Engagement, wie etwa über die Freiwilligendienste. Wir investieren allein 100 Millionen Euro in den Kampf gegen Antisemitismus. Die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung nehmen wir zurück. Gleichzeitig sichern wir auch zukünftig Investitionen in unsere Kommunen ab, also dort, wo Demokratie und Politik am unmittelbarsten spürbar werden. Demokratie gibt es nicht umsonst.

Blaskapelle Forst zu Besuch in Berlin

Im Januar hatte ich die besondere Ehre, eine außergewöhnliche Besuchergruppe aus meinem Heimatort Forst in Berlin willkommen zu heißen. Die Blaskapelle Forst sorgte mit fränkisch-böhmischen Klängen für einen besonderen musikalischen Gruß vor dem Deutschen Bundestag. Im Rahmen der Grünen Woche in Berlin repräsentierte sie nicht nur den Bezirk Unterfranken, sondern auch den Landkreis Schweinfurt und die Gemeinde Schonungen. Die Blaskapelle Forst durfte einen Blick hinter die Kulissen des politischen Geschehens werfen und erhielt eine informative Führung durch den Bundestag. Der Höhepunkt des Besuchs bildete ein Rundgang auf der Kuppel des Bundestags. Gäste aus meiner Heimat sind mir immer herzlich willkommen. Interessierte, die ebenfalls einen Blick hinter die Kulissen des Bundestags werfen möchten, können sich auf meiner Website informieren.

Fraktion vor Ort mit MdB Helge Lindh

Das Thema Migration ist eine vielschichtige Herausforderung, die sowohl lokal als auch bundesweit die Bürgerinnen und Bürger beschäftigt. Der angemessene Umgang mit den neu zugewanderten Menschen, die Integration in die Gesellschaft und Arbeitswelt sowie die finanzielle Belastung sind Fragen, die viele Menschen bewegen und Sorgen verursachen. Diskussionen über Grenzschutz, Ausweisung und Rückführung sind emotional aufgeladen und polarisieren.

Unsere SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, Lösungen zu finden, die die Chancen der Zuwanderung betonen und gleichzeitig Risiken minimieren. Der direkte Austausch mit den Menschen vor Ort und den relevanten Akteurinnen und Akteuren ist für uns von zentraler Bedeutung.

Mit dieser Perspektive haben MdB Helge Lindh und ich zu unserer "Fraktion-vor-Ort"-Veranstaltung in Schweinfurt eingeladen. Bei einem offenen Dialog zum Thema "Migration nach Deutschland – Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung“ haben wir mit den Teilnehmenden über die gegenwärtige und zukünftige Migrationspolitik diskutiert.

Infoveranstaltung Euerbach

Auch in Euerbach diskutierten wir zum Thema Migration. Zusammen mit dem SPD Ortsverein haben wir in das katholische Pfarrheim Euerbach eingeladen. Der Fokus lag auf den aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf das nahe AnkERzentrum. Themen waren unter anderem Flucht, Asyl, Integration und Abschiebung und die Herausforderungen durch den gestiegenen Zustrom von Geflüchteten aufgrund der Ukraine-Krise und des Erdbebens in der Türkei. Mir war dabei wichtig, die Bemühungen der Bundesregierung, wie schnellere Verfahren und Integration oder die Optimierung von Asylverfahren durch digitale Prozesse, zu betonen.

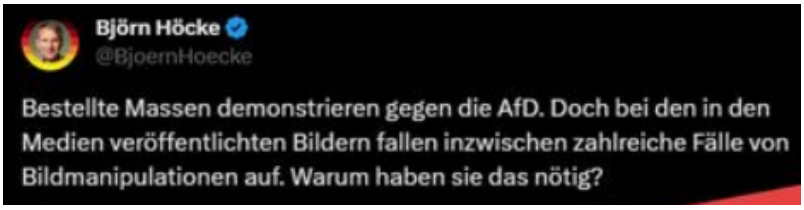
Außerdem habe ich über aktuelle Entwicklungen im Gemeinsamen Europäischen Asylverfahren und Verhandlungen über Rückführungsabkommen aufgeklärt. Die Veranstaltung hat gezeigt, wie bedeutend der Dialog zwischen Politikern und Bürgern vor Ort ist, um gemeinsam Lösungen zu finden.

HERZLICHE EINLADUNG

13.02.2024 ab 12:00 Uhr	Faschingsumzug Schweinfurt
16.02.2024 ab 16:00 Uhr	Bürgersprechstunde
02.03.2024 ab 10:00 Uhr	Energiemesse in Dittelbrunn

TEILNEHMERZAHLEN AUF DEMOS ERFUNDEN?

An den vergangenen Wochenenden fanden deutschlandweit Demonstrationen gegen Rechtsextremismus statt, bei denen Hunderttausende Menschen teilnahmen. In Hamburg und München wurden einige Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen aufgelöst. Daraufhin verbreiteten sich im Netz irreführende Informationen über die Teilnehmerzahlen.



Unter anderem teilte der AfD-Politiker Björn Höcke die Behauptung, das ZDF habe gefälschte Bilder der Hamburger Proteste verwendet, um höhere Teilnehmerzahlen zu suggerieren. Jedoch konnte verifiziert werden, dass das Bildmaterial vom Fotografen Jonas Walzberg stammt und vom ZDF unverändert verwendet wurde.
Zudem kursiert die Behauptung, dass Komparsen bezahlt wurden, um die Hamburger Demonstration größer erscheinen zu lassen. Ein weiterer Vorwurf besagt, dass Veranstalter, Medien oder Demo-Unterstützer versuchen, die Teilnehmerzahlen zu manipulieren. Die Ermittlung von Teilnehmerzahlen ist komplex und wird daher von verschiedenen Akteuren missbraucht. In München sprachen die Veranstalter beispielsweise von über 250.000 Teilnehmern , während die Polizei von 100.000 sprach.
Die unterschiedlichen Angaben der Teilnehmerzahlen durch Polizei und Veranstalter führen oft zu Unsicherheiten. Die Schätzungen erfolgen meist ungenau und basieren auf verschiedenen Methoden. Oftmals erfolgen Schätzungen aus dem Bauch heraus und es wird auf vergangenen Veranstaltungen als Referenzwerte zurückgegriffen. Die Polizei und Veranstalter verwenden unterschiedliche Methoden wie Reihenzählung und Luftaufnahmen, jedoch gibt es Schwächen in der Genauigkeit, da Menschen nicht in Reih und Glied laufen und die Dichte nicht überall gleich ist.
Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Polizei und Veranstaltern könnten aber auch auf systematische Interessen zurückzuführen sein, da Veranstalter ein Interesse daran haben, die Veranstaltung als groß darzustellen, während die Polizei tendenziell kleinere Zahlen angibt.
Die Frage, ob die Angabe einer möglichen Bandbreite weniger irreführend ist als genaue Angabe wird nun diskutiert. Trotz der Fehleranfälligkeit ist es wichtig, eine möglichst genauen Zählung durchzuführen, da Demonstrationen eine bedeutende Form der Meinungsäußerung sind und die Anzahl der Teilnehmer die Wirkung und Aufmerksamkeit beeinflusst.

Insgesamt möchte ich betonen, dass es immer notwendig ist, Fakten von irreführenden Informationen zu unterscheiden, auch wenn die Diskussion, wie beispielsweise um die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen, komplex ist.

KONTAKT

Berliner Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de
Telefon: 030 227 74340
Adresse:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Schweinfurter Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de
Telefon: 09721 9452400
Adresse:
Rückertstraße 18
97421 Schweinfurt

Für regelmäßige Einblicke folgt mir auf meinen Social Media Kanälen!